



Militarischer Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Postbezogen im innerdeutschen Bezugspreis monatlich 1,70 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulation Nr. 50 bei der Oberamts-Poststelle Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enzthalbader & Co., Wildbad; Uffersheimer Buchdruckerei Filiale Wildbad. — Postfach Nr. 291 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum im Bezirk Grundpreis 10 Pf., außerhalb 20 Pf. — Anzeigenpreis 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Ankaufserteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkreten Fällen oder wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wildbadstraße 88. Telefon 179. — Wohnung: Hans Volmer.

Nummer 211

Februar 479

Donnerstag den 10. September 1931

Februar 479

66. Jahrgang.

Vorarbeit für die Abrüstungskonferenz Die deutsche Rüstungsliste

Ende vorigen und anfangs dieses Jahres ist in Genf über die Grundlagen der im Februar des kommenden Jahres abzuhaltenden allgemeinen Abrüstungskonferenz beraten worden. Der Völkerbundsrat hat am 24. Januar 1931 beschlossen, durch eine Rundfrage an sämtliche zur Konferenz geladenen Mächte den gegenwärtigen Stand der Rüstungen zu ermitteln. Die deutsche Regierung hat dem Generalsekretariat des Völkerbundes unter dem 27. März ein Schema für die Darlegung des Rüstungsstands zugehen lassen und den Antrag gestellt, den Vorschlag auf die Tagesordnung der Völkerbundstagung vom Mai zu setzen. Inzwischen war jedoch am 12. März ein Schreiben der britischen Regierung in Genf eingegangen, in dem ein viel weniger ausführliches Schema vorgeschlagen wurde. Die Reichsregierung hat damals ihre Auffassung bekräftigt, daß sie die im Dezember 1930 beschlossene und im erwähnten Schreiben der britischen Regierung aufs neue empfohlenen Tabellen (Konventionsschema) für ungenügend halte. Der Völkerbundsrat beschloß jedoch am 23. Mai, den englischen Vorschlag anzunehmen. Demnach hat sich der deutsche Vertreter im Völkerbundsrat der Stimme enthalten. Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat dann am 13. Juni gemäß dem englischen Vorschlag die Umfrage an die zur Abrüstungskonferenz heranzuziehenden Mächte gerichtet.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat nun wie jetzt bekannt wird, dem Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, am 28. August die Angaben über den deutschen Rüstungsstand überreicht und dazu bemerkt:

„Die beiliegenden Tabellen lassen erkennen, wie gering die Rüstungen Deutschlands im Vergleich zu denjenigen anderer an Gebiet und Bevölkerungszahl ihm entsprechender Staaten sind. Teilweise bleiben sie sogar erheblich hinter dem durch die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags festgelegten Stand zurück. So besitzt zum Beispiel die deutsche Marine gegenwärtig nur vier in Dienst stehende Linienfahrer, während sie auf Grund des Artikels 181 des Versailler Vertrags und des Schreibens der Interalliierten Marine-Kontrollkommission vom 26. März 1920 sechs Linienfahrer in Dienst und zwei in Reserve, also den doppelten Bestand, zu haben berechtigt ist. Die Angaben über die deutschen Wehrausgaben können zur Zeit noch nicht gemacht werden, da die hierauf bezüglichen Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Ich behalte mir vor, diese Angaben zu einem späteren Zeitpunkt nachzuliefern.“

Das Begleitschreiben der deutschen Regierung an den Generalsekretär bringt klar zum Ausdruck, daß die Erteilung der deutschen Antwort gemäß dem am 23. Mai angenommenen Fragebogen nichts an der Auffassung der Reichsregierung ändere, daß dieser Fragebogen erhebliche Lücken enthalte. So fehlen zum Beispiel alle Angaben über das dem Heer zur Verfügung stehende Material, über das im Versailler Vertrag für Deutschland Vorschriften in allen Einzelheiten gegeben worden sind. Auch über die Reserveen enthält der Fragebogen nichts.

Bisher haben folgende Staaten die ausgefüllten Fragebogen in Genf eingereicht: die Vereinigten Staaten von Amerika, Belgien, Frankreich, England, Holland und neuerdings auch Italien. Während sich die meisten der genannten Mächte in ihrer Antwort an das Schema des Fragebogens gehalten haben, hat die französische Regierung kürzlich mit einem Schreiben geantwortet, das lediglich eine politische Darlegung über die Abrüstung oder eigentlich über die von Frankreich in den Vordergrund gerückte Sicherheit enthält. Nach dem Flottenbauprogramm von 1924 legt Frankreich jährlich 50 000 Tonnen Kriegsschiffraum auf Stapel, während der gesamte Schiffsraum der deutschen Flotte gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags nur 142 000 Tonnen betragen darf. Die französischen Neubauten von drei Jahren reichen also bereits aus, um nach der Tonnagezahl die gesamte deutsche Flotte zu übertreffen.

Ueber den von Rußland eingereichten Fragebogen verlautete seinerzeit, daß daran der Vorbehalt geknüpft worden sei, daß er vorläufig nicht veröffentlicht werden dürfe. Das hat dann der polnischen Regierung Anlaß gegeben, ihrerseits zu erklären, sie würde den Fragebogen erst dann einreichen, wenn die russischen Angaben veröffentlicht wären.

Der von der deutschen Regierung eingereichte Fragebogen enthält nur folgende positive Angaben: Gesamtstärke der Landstreitkräfte 100 500 Mannschaften und 4500 Offiziere, für die Seestreitkräfte 15 000 Mannschaften und 1500 Offiziere.

Grandi fordert Abrüstung

In der Völkerbundsversammlung am Dienstag eröffnete der italienische Minister des Auswärtigen Grandi die allgemeine Aussprache, indem er darstellte, wie die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zueinander sich gestalten würden, wenn die Abrüstung vollzogen wäre. Er stellte, wie bereits berichtet, den Vorschlag zur Erörterung, die Staaten sollten sich zu einem Rüstungs-

Tagespiegel

Professor Lujo Brentano ist am Mittwoch nachmittag in München im 87. Lebensjahr gestorben. Der Verbliebene war 1872 Professor der Staatswissenschaften in Breslau geworden, wirkte dann in Straßburg, Wien, Leipzig und München, und trat im Jahre 1914 in den Ruhestand. Brentano war einer der führenden deutschen Sozialpolitiker und Nationalökonom.

Das Reichskabinett wird am Donnerstag die Verordnung betr. Pensionskürzung in Beratung nehmen. Bezüglich der Gehaltsaufhöhung ist nicht eine Verlängerung der Frist von zwei auf drei Jahre beabsichtigt, vielmehr will der Reichsfinanzminister für Gehaltsrückzahlung und Zulagen eine zweijährige Sperre überhaupt einlegen.

Das preussische Kabinett, das am Mittwoch zur Beschlussfassung über die Sparnotverordnung zusammengetreten ist, hat sich nicht in allen Punkten einigen können. Zunächst soll die Notverordnung der Reichsregierung abgewartet werden, ehe die preussische Verordnung erscheint. Inzwischen sollen in Preußen diejenigen Sparmaßnahmen durchgeführt werden, die auf Grund der bestehenden Gesetze möglich sind.

Eine gemeinsame Sitzung der Reichstags- und der preussischen Landtagsfraktion der Landvolkpartei forderte den Rücktritt des Reichsaussenministers Dr. Curtius.

Die Bundesführer des Stahlhelms, Selde und Dösterberg, haben durch Rechtsanwalt Dr. Ebeling bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Berlin Strafanzeige gegen die preussische Regierung wegen Beleidigung erstattet. Die Beleidigung wird darin erblickt, daß in dem Aufruf der preussischen Regierung gegen den Volksentscheid Führer des nationalen Deutschland als „gewissenlos“ bezeichnet und ihre politischen Ziele verdächtigt worden seien.

Gegen den Berliner Polizeioberleutnant Bratmann wurde von der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugs eingeleitet.

Die Verhandlungen zwischen Zechenverband und Bergarbeiterverbänden über Lohn- und Arbeitszeit in Essen sind ergebnislos verlaufen. Die Schlichtungsverhandlungen finden voraussichtlich am 21. und 22. September statt.

Wie aus Madrid gemeldet wird, hat sich der Vatikan mit der Trennung von Kirche und Staat einverstanden erklärt. Das bedeutet, daß die Kirche vom spanischen Staat keine Unterstützungen mehr erhält und die Kosten für die Geistlichkeit und Kirchen selbst bestreitet. Auf beiden Seiten besteht der Wunsch, die Verhandlungen entgegenkommend zu führen.

Mexiko hat die Einladung zum Völkerbund angenommen.

Stillsand bereit erklären. Grandi wird diesen Vorschlag im dritten Ausschuss der Völkerbundsversammlung, der sich mit der Abrüstungsfrage befaßt, weiter verfolgen lassen.

Die bisherigen Arbeiten der Völkerbundsorganen in diesem Jahr, sowohl die des Studienausschusses für die europäische Vereinigung als auch die des Völkerbundsrates, sind im wesentlichen unfruchtbar gewesen; ihre einzige Leistung war negativ: die Zurückweisung eines konstruktiven Gedankens der europäischen Wirtschaftspolitik — der deutsch-österreichischen Zollgemeinschaft.

Grandi hat den Satz aufgestellt, daß es sich bei der Abrüstung um die dringendste Aufgabe handle, die sich aus dem Programm des Völkerbundes ergebe und die am meisten dem wesentlichen Ziel entspreche, für das der Völkerbund überhaupt gegründet worden sei. Grandi gebrauchte auch den Ausdruck „nationale Sicherheit“, der zwar mit dem übereinstimmt, den auch Frankreich für das Maß der Rüstungen anwendet. Aber man darf wohl aus dem Sinn der Rede Grandis schließen, daß er den Ausdruck „nationale Sicherheit“ als innere Sicherheit aufgefaßt wissen will, während Frankreich bekanntlich ihn nur auf die außenpolitische Sicherheit bezieht.

Der französischen Reihenfolge der Maßnahmen: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit, Abrüstung, stellt Grandi eine andere gegenüber: Verhandlungen zur friedlichen Vereinigung von Gegenseiten (da ist also u. U. Schiedsgerichtsbarkeit inbegriffen), Abrüstung und als Folge davon Sicherheit. Das seien die Elemente eines Fortschritts in den internationalen Beziehungen. Grandi rief aus: „Senken wir die Waffen, die den Krieg bereiten, und wir werden sehen, wie sich die Schranken senken, die in mancher unsinniger Höhe die Wirtschaftssysteme unserer Völker trennen!“ Es gebe gewisse Staaten, die an den aus dem Krieg herrührenden finanziellen Fragen sehr wichtige und bestimmte Interessen haben, die aber dem Völkerbund nicht angehören, so daß sie in den Rahmen der Arbeiten des Völkerbunds in dieser Frage nicht einbezogen werden können. Aber wenn diese Staaten entschlossen wären, sei es offensichtlich, daß diese neuen Tatsachen des Willens zur Zusammenarbeit mit dem

Lohnverzinsung Siegle & Epple
bis 7,20 m Länge, 1 m Durchmesser,
halbharter und daher billiger als Strichen
Feuerbach, Bahnd. Karntal

Völkerbund neue und breitere Grundlagen eines Einvernehmens schaffen würden, die wir als Wirklichkeit zu sehen wünschen.

Es mag dahingestellt sein, ob Grandi damit eine Aufforderung an die Vereinigten Staaten aussprechen wollte, sich dem Viermächtepakt anzuschließen, oder ob er den Wunsch aussprechen wollte, Amerika möchte sich dem Völkerbund nähern. Bemerkenswert ist endlich, daß Grandi sich entschieden gegen den Abschluß von Bündnissen und „Blöcken“ militärischer oder anderer Art aussprach und erklärte, sie stehen im Widerspruch zu den Satzungen des Völkerbunds.

Als Grandi seine Rede beendet hatte, regte sich bezeichnenderweise in der Versammlung keine Hand zum Beifall.

Die französische Presse zur Rede Grandis

Paris, 9. Sept. Die Rede Grandis findet in der französischen Presse große Beachtung. Einheitslich wird die Gemeinsamkeit des italienischen Standpunkts in der Abrüstungsfrage mit dem Englands und Amerikas festgestellt, wie auch der Gegensatz zum französischen Standpunkt. Havas kündigt an, daß Briand am Donnerstag nachmittag den Willen Frankreichs im Hinblick auf die „Organisierung des Friedens“ darlegen werde.

Von der Völkerbundsversammlung

Abrüstung der Präflotte des Völkerbunds

Genf, 9. Sept. In der heutigen Vormittagsitzung sprach der japanische Delegierte Hoshijama zur Wirtschaftskrise, für die er die übermäßigen Zollschranken verantwortlich machte, und zur Abrüstungsfrage. Seine Regierung werde alles tun, um auf der Abrüstungskonferenz ein der Billigkeit entsprechendes Abkommen über die Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen, und sie werde der Konferenz Vorschläge unterbreiten, die dem Geist der Völkerbundsatzungen entsprechen und Japans besonderer Lage in Ostasien Rechnung tragen.

Der kanadische Justizminister Guthrie erklärte, die Abrüstung und die daraus folgende Sicherung des Friedens seien der Präflotte des Völkerbunds.

Der Kampf im Unterhaus

London, 9. Sept. Die gestrige Eröffnung des Unterhauses war ein Ereignis für London und ganz England. Als Mac Donald zu Fuß ins Parlament ging, wurde er auf dem ganzen Weg von der Menge lebhaft gefeiert. Auch Baldwin wurde laut begrüßt. Das Unterhaus war überfüllt. Da nicht genug Sitzplätze für alle Abgeordneten vorhanden sind, standen die Abgeordneten gedrängt in den Gängen. Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen übergab Mac Donald dem Sprecher folgende kurze Botschaft des Königs:

„Die gegenwärtige Lage der nationalen Finanzen erfordert nach der Ansicht der Minister weitere Besteuerung und Sparmaßnahmen in den öffentlichen Ausgaben. Der König empfiehlt die Angelegenheit den Mitgliedern des Unterhauses zur Beratung und hofft, daß sie das Nötige veranlassen werden.“

Diese Botschaft, die der Sprecher verlas, war verfassungsmäßig notwendig, weil Steuern in England nicht ohne vorherige Forderung des Königs eingeführt werden können. Die Stimmung im Unterhaus zeigt in wachsendem Maß, daß die Opposition zum schärfsten Kampf gegen die neue Regierung bereit ist, daß sie ihre Angriffe vor allem gegen Mac Donald richten wird.

Erstminister Mac Donald, der sehr lebhaft sprach, entwarf ein düsteres Bild der Krise in England. Zwischen dem 13. und 30. Juli habe die Bank von England 680 Mill. RM. in Gold verloren. Am 8. August habe die Bank der Regierung mitgeteilt, daß die Krise bedrohliche Formen annehme, und in der dritten Woche des August sei der amerikanische Kredit von 1 Milliarde Mark zur Stützung des Sterling-Kurses so gut wie erschöpft gewesen. Es sei nicht richtig, daß die Banken im Verlauf der Verhandlungen politische Forderungen, wie z. B. Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung usw., gestellt haben. Die Krise sei allein durch mangelndes Vertrauen hervorgerufen und habe mit dem wirklichen Vermögen und den Hilfsquellen Englands nichts zu tun. Wenn die Krise vorüber sei, müssen das Bankensystem, die Kriegsschulden und die Reparationen geprüft werden. Dieses Wort wurde viel beachtet, da nach der Erklärung der Regierung sie solange am Ruder bleiben will, bis die Krise ganz vorüber sei. (Henderson, der jetzt die Opposition führt, hatte bekanntlich auf dem Gewerkschaftskongress in Bristol erklärt, er bereite sich für Neuwahlen in der zweiten Woche des November vor.) Mac Donald fügte hinzu, die Welt müsse erst wieder überzeugt werden, daß das Pfund Sterling unangreifbar sei, und ferner dürfen die Löhne nicht mehr wie jüngst durch eine Entwertung des Pfunds bedroht werden.

Der konservative Führer Baldwin erklärte, daß seine Partei mit Mac Donald ehrlich zusammenarbeiten wolle. Er müsse der Haushalt durch Ervarnisse und neue

Steuern ausgeglichen werden, ehe man zu Schutzdellen schreite. Der Standpunkt Hendersons sei rein Kostentämpferisch, sonst könnten die Gewerkschaften nicht zur Verringerung der Arbeitslosigkeit die Einführung einer 40-Stundenwoche bei gleichbleibendem Lohn fordern.

Vertrauensabstimmung für die Regierung

Der Vertrauensantrag der Regierung wurde vom Reichstag mit 309 gegen 250 Stimmen, also mit 59 Stimmen Mehrheit, angenommen.

Für den Antrag stimmten die Konservativen, die Liberalen, 3 Unabhängige, die 7 sozialistischen Minister, 5 Mitglieder der Arbeiterpartei. Gegen den Antrag die Arbeiterpartei, 3 Unabhängige, darunter Baldwins Sohn Oliver, und die 4 Mitglieder der Mosley-Gruppe. 3 Arbeiterparteilicher enthielten sich der Abstimmung.

Neue Nachrichten

Die Kürzung der Pensionen

Berlin, 9. Sept. Wie Ill. erfährt, soll Ende November eine Notverordnung erscheinen, durch die alle Pensionen über 12000 Mark in der Weise gekürzt werden, daß die darüber hinausgehenden Beträge entsprechend der Anzahl der Jahre, die der Pensionsempfänger in der seiner Pension zugrundeliegenden Besoldungsstufe gestanden hat, um 10 bis 50 v. H. vermindert werden. Die Höchstpensionsgrenze soll ferner, wie bereits früher mitgeteilt, von 80 auf 75 v. H. und die Aufrückungsfrist in die nächste Gehaltsstufe von 2 auf 3 Jahre ausgedehnt werden.

Wechsel im Flottenkommando

Berlin, 9. Sept. Wie aus Wilhelmshaven gemeldet wird, tritt der gegenwärtige Flottenchef Vizeadmiral Odeka nach Beendigung der Herbstflottenmanöver von seinem Posten zurück. Er wird Ende des Jahres aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Vizeadmiral Odeka ist erst 52 Jahre alt. Als sein Nachfolger kommt, wie verlautet, Konteradmiral Gladisch in Frage, der jetzt Chef des Allgemeinen Marineamts im Reichswestministerium ist.

Die Forderungen der Sozialdemokratie

Berlin, 9. Sept. In der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion berichteten die Abgeordneten Herz und Hilferding über die Verhandlungen mit dem Reichskanzler. Es wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung zur Aenderung der Notverordnung vom 5. Juni 1931 bereit sei. In einer Entschließung wurden dann folgende Forderungen aufgestellt: In der Außenpolitik soll die Verständigung und Zusammenarbeit mit Frankreich im Mittelpunkt stehen. Senkung der europäischen Zölle als Gegenwirkung gegen die von England drohenden schutzpolizeilichen Gefahren. Ueberwachung der Banken durch ein besonderes Reichsamt. Errichtung eines Kartellamts. Reform des Aktienrechts mit Sicherung der Haftbarkeit der Aufsichtsräte. Druck auf die Kartellpreise und Verminderung der Handelspanne. Verbilligung der wichtigsten Lebensmittel, insbesondere des Brotes durch Zollsenkung und Verringerung der Handelspanne. Verhinderung jedes weiteren Lohnabbaus, sowie der Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Durchführung der 40 Stundenwoche. Vereinheitlichung der Krisenfürsorge und der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge unter ausreichender finanzieller Beteiligung des Reichs. Neben der Geldunterstützung in feitherriger Höhe sollen Kartoffeln und Kohlen zulässig verabreicht werden. Herabsetzung aller hohen Pensionen und Gehälter in öffentlichen und privaten Verwaltungen. Sicherung einer demokratischen und sozialen Politik im Innern und rücksichtsloser Kampf gegen den Faschismus und alle seine Helfershelfer.

Die Fraktionsführung verlief nach Berliner Blättern sehr lebhaft, und es machte sich eine starke Opposition gegen die fernere Unterstützung des Kabinetts Brüning durch die Sozialdemokratie geltend.

Forderungen der Wirtschaftspartei

Berlin, 9. Sept. Reichstagsfraktion und Reichsausschuß der Wirtschaftspartei haben in ihrer gemeinsamen Sitzung beschlossen, an die Reichsregierung folgende Forderungen zu stellen: 1. Unbedingte Sicherung des privaten Eigentums an Grund und Boden; 2. Beseitigung der Hauszinssteuer; 3. Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft; 4. Teilweise Umgestaltung der Erwerbslosen- und Arbeitslosenunterstützung in produktive Erwerbslosenfürsorge und Abdröpfung jeglicher Schwarzarbeit; 5. Reform des politischen Lohn- und Schlichtungswesens; 6. Ueberführung der Betriebe der öffentlichen

Hand in die Privatwirtschaft mit Ausnahme der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswirtschaft; 7. Progressive Staffelung der Umsatzsteuer, Einführung einer Fiktivsteuer; 8. Bei Durchführung von teilweiser Materiallieferung an Gewerbetriebe Einschaltung von Handel und Gewerbe.

Kommunistische Waffenfabrik in Stodach

Stodach (Baden), 9. Sept. Die Gendarmerie entdeckte, wie der Ueberlinger „Sendbote“ berichtet, in einem Wald bei Stodach einen Uebungsplatz der Kommunisten und in einem dort befindlichen Vierkeller Drehbänke und andere Werkzeuge zur Herstellung von Waffen, sowie das Material dazu. Der Führer der Kommunisten, Schimanski, wurde mit einer vollständig zerlegten Hand ins Krankenhaus eingeliefert. Die Hand mußte sofort abgenommen werden. Schimanski gab an, er habe im Wald ein Gewehr gefunden, das unversehens losgegangen sei. Es wurde aber festgestellt, daß die Verletzung von einer Handeiergrana te herrührte.

Verhaftung eines deutschen Professors im Elsaß

Strasbourg, 9. Sept. Der Professor der kath. Theologie Schmidlin von der Universität Münster ist in Niederhagenthal (Elsaß), als er aus der Schweiz kam, um seinen Bruder, Pfarrer in Hagenthal, zu besuchen, verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis in Kolmar eingeliefert worden. Schmidlin, der 1876 in Landau im Elsaß geboren ist und seit längerer Zeit in Westfalen wohnt, war in den Autonomienprozess verwickelt und wurde am 12. Juni 1928 in Abwesenheit zu 10 Jahren Gefängnis und 20 Jahren Aufenthaltsverbot verurteilt.

Das Auswärtige Amt in Berlin hat die deutsche Botschaft in Paris beauftragt, bei der französischen Regierung Schritte zur Befreiung Schmidlins zu tun.

General Haller prophezeit Arica

Beuthen (Oberschlesien), 9. Sept. Der polnische General Haller jagte in einer Rede in Friedlandshütte, die „endgültige Abrechnung mit Deutschland“ sei bald zu erwarten. Die Deutschen ahnen nicht einmal, wann die Lawine über sie hinweggehen werde. Der Zeitpunkt, wo Frankreich und Polen mit Deutschland zusammenstoßen werden, sei nicht mehr weit. Dem Preußen, das der „Schandfleck Europas“ sei, werde das Ende bereitet werden. Die Deutschen werden einst Frankreich und Polen dankbar sein, daß sie von Preußen befreit wurden.

Das Ergebnis der Rigauer Domkirchenabstimmung

Riga, 9. Sept. Die Gesamtzahl der im Volksentscheid in der Domkirchenfrage abgegebenen Stimmen beträgt 390 000. Es haben sich nur ungefähr 30 v. H. statt der erforderlichen 50 v. H. der Gesamtbevölkerung an der Abstimmung beteiligt. Das Ergebnis der Abstimmung bedeutet die Ablehnung der Vorlage, welche die Verstaatlichung der deutschen Domkirche bezweckte.

Schutz des Mittelstands

Anträge der württembergischen Regierung

Stuttgart, 9. September.

Das Württembergische Staatsministerium hat sich in der letzten Woche mit den Plänen des Wirtschaftsministeriums zum Schutz des Mittelstands befaßt und allen Vorschlägen einstimmig zugestimmt.

Durch den Einschränkungprozess der Wirtschaft werden vor allem die Kleingewerbetreibenden in schwere Bedrängnis kommen, denen keine Unterstützungsansprüche zur Seite stehen. Die gegenwärtige Notlage trägt dazu bei, die Konkurrenz, welche dem gewerblichen Mittelstand durch die Großkonzerne droht, aufs stärkste zu steigern, vollends dort, wo gewisse neuartige Geschäftstypen — nach Art kleiner Warenhäuser — qualitativ minderwertige Waren der Bevölkerung mit unlauteren und ansehbaren Geschäftsmethoden anbieten. Es besteht die akute Gefahr, daß der Vernichtungsprozess des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstands in diesem Winter erschreckende Fortschritte macht; besonders die Geschäftsleute in den mittleren und kleineren Städten im Land stehen vor ganz schweren Schädigungen. Es ist zunächst zu verlangen, daß die vom Reichsrat seit Jahresfrist sitz und fertig zu Ende beratene Novelle zur Gewerbeordnung, die vor allem ein Verbot der Wandersager

in Wirtschaften vorzieht, durch Notverordnung in Kraft gesetzt wird. Ueber den Inhalt dieser Bestimmungen hinaus brauchen wir vor allem geeignete Vorschriften, welche den Einheitspreisgeschäften gegenüber die Möglichkeit zu wirksamem Einschreiten geben. Der ansässige Geschäftsmann muß geschützt werden können vor der Konkurrenz durch Betriebe, die nachweislich einen Hauptteil ihrer Waren „irregulär“ einkaufen, deren Waren nachweislich Ramsch- und Partiewaren sind. Diese Betriebe machen sich in der Notzeit breit, sie locken ein unerfahrenes Käuferpublikum an; sie haben in wirtschaftlich gesunden Zeiten keinen Boden, streben aber jetzt herein, verlassen nach Wiederkehr normaler Zeiten ihr Tätigkeitsgebiet; auf dem Schlachtfeld bleiben aber die in der Zwischenzeit zugrunde gegangenen Existenzen des Mittelstandes. Wir brauchen für Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte das Konzeptionsverfahren. Das Reich muß durch eine Aenderung der Gewerbeordnung den Landesregierungen die Berechtigung geben, daß die Gründung von der Prüfung der Bedürfnisfrage abhängig gemacht wird; zum Mindesten brauchen wir dieses Recht bis zur Wiederkehr normaler Zustände und unbedingt für die Landstädte und Landgemeinden, wo das Publikum am unerfahrensten und der ansässige Einzelhandel noch keineswegs zur Abwehr genügend gerüstet ist. Ferner muß für alle Fälle der Unzuverlässigkeit im Handel, des dringenden Verdachts des Verstoßes gegen eine Vorschrift der allgemeinen Strafgesetze, der Nahrungsmittelgesetze, des unlauteren Wettbewerbs usw. ein sicher wirkendes Unterfangungsrecht in die Hand der Landesbehörden gelegt werden.

Wir wissen, daß in Württemberg auch die minderbemittelte Bevölkerung aus den Kreisen der Arbeitnehmerschaft und der Landwirtschaft bei ihrem ausgeprägten Sinn für das Solide ausgesprochenen Wert auf gute Qualität gelegt hat. Diese grundsätzliche Einstellung ist auf weite Sicht gesehen ein volkswirtschaftlicher Vorzug, den wir nicht aufs Spiel setzen dürfen. Der Wirtschaftsverwaltung eines solchen Landes erwächst daraus die Pflicht, streng und unparteiisch zu unterscheiden zwischen den Groß- und Kleinbetrieben des Einzelhandels, die Qualität liefern und solchen, die es nicht tun. Der Staat hat gar keinen Anlaß, den letzteren dieselben Rechte zuzugestehen. Gerade wenn man grundsätzlich ein überzeugter Anhänger der Gewerbefreiheit ist und dem gewerblichen Mittelstand nicht empfehlen kann, auf dieses immer noch hohe Gut zu verzichten, muß man Maßnahmen gegen diejenigen vorschlagen, welche die heutige Notzeit ausnützen und die Gewerbefreiheit mißbrauchen.

Zu diesen staatlichen Bemühungen auf Schutz des Mittelstandes muß auch die Mitarbeit der Bevölkerung kommen, die sich darüber im Klaren sein muß, daß scheinbar billiger Einkauf bei Licht besehen eine schwere Täuschung bedeuten kann. Es muß insbesondere an das Zusammengehörigkeitsgefühl des Mittelstandes in seinem weitesten Sinn und an die Landwirtschaft appelliert werden und der Arbeitnehmerschaft klargemacht werden, daß gerade sie vom Standpunkt ihrer Lohnpolitik das allergrößte Interesse an der Aufrechterhaltung des Qualitätsgedankens haben muß. Nur ein Qualitätsprodukt verträgt in der Herstellung und im Absatz angemessene Löhne für die Arbeitnehmerschaft.

Neben diesen Anträgen auf Aenderung der Gewerbeordnung müssen die Aenderungen der Steuerleggebung durch Einschaltung der Fiktivsteuer in Angriff genommen werden.

Die Anträge sind bereits der Reichsregierung übermittelt worden.

Württemberg

Die Krise in der Invalidenversicherung

Stuttgart, 9. Sept. Die Lage der Invalidenversicherung hat sich gegenüber den bisherigen Schätzungen weiter verschärft. Bisher hatte man im Reichsarbeitsministerium angenommen, daß die Gesamteinnahmen zur Deckung der Ausgaben knapp bis zum Jahr 1932 ausreichen würden. Diese Schätzung ist durch neuere Ergebnisse überholt. Voraussichtlich wird schon der Haushalt der Landesversicherungsanstalt für 1931 einen Verlust von 61 Millionen RM aufweisen. Die Gründe dieser Entwicklung liegen einerseits darin, daß die Zahl der Beitragswochen erheblich zurückgegangen ist, während auf der anderen Seite das Anwachsen der Zahl der Leistungsempfänger die Erwartungen übersteigt. Im Jahr 1930 ist die Zahl der Beitragswochen auf rund 700 Millionen gesunken, was einen Rückgang der Beitragseinnahmen um rund 100 Millionen RM bedeutet. Die starke Steigerung ist eine Folge des Krieges, 1929 standen den Gesamteinnahmen von 1233,3 Millionen RM nur 930 Millionen RM an Ausgaben gegenüber; es wurde noch ein Ueberschuß von 303 Millionen RM erzielt. 1930 sind die Gesamteinnahmen auf 1120 Millionen RM gesunken. Für 1931 schätzt man die Gesamteinnahmen auf 1166 Millionen Reichsmark. In das Jahr ein Vermögensverlust von 61 Mill.

Zumpe macht Karriere.

Eines Pechvogels lustige Geschichte von Fritz Körner.

100. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Telephon.

Georg meldete sich.

„Herr Ministerialdirektor . . . hier ist Brettschneider!“

„Tag, Herr Regierungsrat . . . ich wollte eben schlafen gehen!“

„Wird nichts draus, Herr Ministerialdirektor . . . Sie müssen sofort zum Herrn Minister kommen . . .!“

„Was gibts denn so wichtiges?“

„Mir ist eben von ganz vertrauenswürdiger Seite, für die ich die Hand ins Feuer lege, der Beweis geliefert worden, daß hinter der Spekulation mit dem Hauptbahnhofsgelände . . . das Bankhaus Koch steht.“

„Was! — tam es in höchster Aufregung aus dem Trichter. „Sie haben den Beweis?“

„Den unanfechtbaren . . . vollgültigen Beweis, Herr Ministerialdirektor!“

„Ach . . . ich komme sofort . . . aber . . . Herr Regierungsrat, da sind sofort Maßnahmen zu treffen, die in das Ressort des Polizeipräsidenten fallen . . .“

„Ich benachrichtige ihn und bitte ihn, daß er gleichfalls sofort kommt!“

„Wiedersehen!“

Der Hörer lag auf.

„Stehen Sie sich an, Herr Brettschneider . . . ich spreche mit dem Polizeipräsidenten.“

Der Minister ließ gerade ein Symphoniekonzert mit hypermodernen Werken von Hindemith und anderen Neu-

zeitlern über sich ergehen und konnte keinen Kontakt zu der Musik finden, als das Telephon klingelte.

Erstaunt hörte er Brettschneiders Ausführungen.

„Ja . . . es ist gut so, Herr Regierungsrat . . . ich erwarte Sie und die Herren.“

„Du bist so aufgeregt!“ sagte Frau Margot erstaunt, die eben eingetreten war.

„Wir bekommen Besuch . . . Brettschneider, Georg Zumpe und auch Herr Jörgriebe ist unterwegs . . .!“

„Was ist denn geschehen?“

„Denke dir . . . welch ein Glück, daß ihr dem Doktor Koch Bedenkzeit stelltet . . . an eine Verbindung ist nicht mehr zu denken!“

„Nicht mehr . . . so ist . . .?“

„Durch diesen fabelhaften tüchtigen Regierungsrat Brettschneider klar erwiesen, daß . . . Koch hinter dieser schmutzigen Spekulation . . . mit dem Hauptbahnhofsgelände steckt.“

„Nicht möglich . . . großer Gott, wenn ich an die Komplikationen denke.“

Binnen zehn Minuten waren die drei hohen Beamten des Staates im kleinen Konferenzzimmer des Ministers versammelt.

Alle erfüllt von atemloser Spannung.

Brettschneider packte aus.

Legte den säuberlich abgelesenen Dialog auf den Tisch.

„Meine Herren!“ sagte er ernst, „Herr Dr. Benno Koch hat heute nachmittag Herrn Eisenberg, der sich zur Zeit in Berlin im Kaiserhof unter dem Namen Dr. Götter aufhält, in seinem Jagdhaus in den Gollingerschen Waldungen ge-

sprochen. Diese Unterredung ist von drei ehrenhaften Menschen belauscht worden. Wort für Wort und die Unterredung ist zu Papier gebracht und mir übergeben worden. Gleichzeitig sind von beiden Herren zusammen insgesamt fünf gutgelungene Aufnahmen gemacht worden. Ich lege die Reinabschrift des Dialogs, den alle drei Zeugen beenden können, in Ihre Hände, Herr Minister, ebenso die Bilder als Corpus delicti. Vielleicht ist der Herr Ministerialdirektor so freundlich, den Dialog vorzulesen.“

Das geschah und die Männer wurden bleich.

Das war ja unerhört. Das als so solid bekannte, große Bankhaus . . . es steckte dahinter . . . ja aus dem Dialog ging hervor . . . daß es zum guten Teil auf solchen Geschäften aufgebaut worden war.

„Das ist . . . unerhört!“ sagte von Zedlitz voll Grimm und schlug auf den Tisch. „Jetzt haben Sie das Wort, Herr Präsident!“

„Ich werde handeln . . . Herr Minister! Heute noch wird dieser Herr Eisenberg und Stadtrat Busse verhaftet. Ebenso . . . wir müssen ganz scharf vorgehen . . . ich lasse das Bankhaus sofort besetzen. Unauffällig postiere ich verschiedene Posten, die jeden der Familie Koch, der sich ins Bankhaus begeben will, verhaftet.“

„Die Familie Koch befindet sich bereits in ihrem Wohnende.“

„Um so besser! Ich werde dann also erst am Montag früh aktiv vorgehen. Wir sind dazu geradezu verpflichtet . . . kaum haben wir diesen entsetzlichen Barmat, dann Sklareffskandal hinter uns . . . es ist zum Teufel holen.“

(Fortsetzung folgt).

Von heute bis Samstag steigt der Wert Ihres Geldes ganz gewaltig!

Weshalb sagt Ihnen Lederer in So. morgen an dieser Stelle!

lichen Teiles, in dem vielerlei Nützliches der Ortsgruppe besprochen und Frau E. Dunsch als Pressewart bestellt wurde, brachten Frl. Hugenlaub und Frl. Berta Becker, die Wildbad leider verläßt, ein vierhändiges Klavierstück zu Gehör. Dann folgte die Vorlesung von Königin Luise's Lebens- und Leidensgeschichte. Wie sehr paßt dies auch auf die heutige, schwere Zeit; wie tief liegt auch heute unser armes Vaterland darnieder und harret des Erlösers. Wird er kommen? Dann brachten die Frl. G. und H. Grunow, auf Cello und Violine, am Klavier wieder Frl. Becker einen wohlgeklungenen Vortrag dar. Die Gruppenführerin las noch einige, auf die heutige Zeit passende Gedichte vor, Bundeslieder wurden gesungen und der Beistand ging herum, um darin für das Weihnachtsfest zu sammeln, um so die große Not lindern zu helfen. Dann saßen die Damen noch eine Weile plaudernd und arbeitend beisammen, bei einer guten Tasse Kaffee. Mögen sich doch recht viele nationaldenkende Frauen und Mädchen dem Bunde anschließen, in dem sie sich bald wohler fühlen werden, als da, wo unsere Jugend heute ihr Vergnügen sucht. Es ist eine große Notwendigkeit, daß jeder Deutsche und jede deutsche Frau heute dem Vaterland helfend die Hand reicht, alle Selbstüberhebung fallen läßt und nur in Lieb und Treu zu einander zum Vaterlande steht. — Macht, daß Deutschland einig sei, dann wird Deutschland wieder frei. — Stets können wir dann sagen, daß auch wir einen Teil am Aufschwung unseres geliebten Vaterlandes beigetragen haben. Auch dieser Abend kann wieder, wie alle bisherigen, als wohlgeklungen betrachtet werden und sei an dieser Stelle den Damen für ihre Darbietungen nochmals herzlich gedankt. Hoffen wir am nächsten Abend, Mittwoch, den 7. Oktober 1931, auf eine recht zahlreiche Beteiligung und sind zu diesem Abend all deutschen Frauen und Mädchen heute schon eingeladen

und von Herzen willkommen. Unserer scheidenden Schwester Berta Becker zum Abschied ein kräftiges „Heil“.

Zeit ist Geld, denn Zeit spart Geld. Dieses Wort ist schon alt. Aber wie viele Leute opfern Zeit wie Geld unnötigen Dingen, bei denen sie beides ganz erheblich sparen könnten. Ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen: Fleischbrühe. Deren Herstellung aus frischem, gutem Fleisch erfordert stundenlanges Kochen und ist nicht billig. Wie spielend leicht aber kann man sich den Genuß einer appetitanregenden und belebenden Bouillon verschaffen. Man löst einfach einen Maggi-Fleischbrühwürfel in einviertel Liter kochendem Wasser auf, und eine gute Fleischbrühe ist fertig zum Gebrauch als Trinkbouillon, zum Kochen von Gemüse, zur Bereitung von Suppen und Soßen. Maggi's Fleischbrühwürfel sollten in jedem Haushalt stets vorrätig sein, denn sie sind gut, praktisch und billig.

Hinweis. Wir machen unsere Leser auf das in dieser Nummer erscheinende Inserat betreffs „Rhöner Gebirgskräuter-Tee“ aufmerksam. Dieser Tee ist eine hervorragende Mischung medizinischer giftfreier Heilkräuter und deshalb nur in der Apotheke erhältlich.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Das deutsche Sängerbundesfest findet statt

Ein Wiener Blatt bringt die Nachricht, daß man in Frankfurt die Erwägung anstelle, ob das Deutsche Sängerbundesfest 1932 nicht verschoben werden solle. Die Leitung des Deutschen Sängerbunds teilt demgegenüber mit, daß

diese Meldung unbegründet ist. Die Vorbereitungen nehmen vielmehr ihren ungestörten Fortgang.

Todesfall. Der Senior der Artistenfamilie Schaeffer, Engländer Schaeffer Vater, ist in Starnberg im Alter von 72 Jahren gestorben. Als Gründer der sogenannten italienischen Spiele, als Athlet, Jongleur, Musikdirigente, Akrobat und Kunstschütze wurde er in weiten Kreisen bekannt.

20 416 stellenlose Schulamtsbewerber in Preußen. Nach amtlicher Mitteilung waren am 15. Mai d. J. 20 416 stellenlose Schulamtsbewerber vorhanden, d. h. fast ein Fünftel der überhaupt vorhandenen Lehrer- und Lehrerinnenstellen (108 778). Von den Bewerbern waren 12 406 vorübergehend beschäftigt.

Der Vorstand des internationalen Bunds des Personals öffentlicher Betriebe in Bern wendet sich in einer Entschuldigungs gegen die Veruche, die Lebenshaltung der in öffentlichen Diensten stehenden Arbeitnehmer durch den Abbau von Löhnen und sozialen Einrichtungen zu verschlechtern.

Die 10. Jahreskonferenz des Weltstudentenwerks wurde im Mount Holyoke College in New York unter dem Vorsitz von Dr. Wolfers-Berlin eröffnet. An der Tagung nahmen 203 Professoren und Studenten aus 35 Nationen teil.

Die ersten Nachfröste in schlesischen Hochland. Bei ungestörter Ausstrahlung sind im Bereich der abfallenden kalten Luftmassen in der vergangenen Nacht auch in tieferen Lagen Schlesiens die ersten Bodenfröste aufgetreten. Bad Kudowa meldet eine Tiefsttemperatur von minus 1 Grad. Bielerort wurde eine Reifbildung beobachtet. Auch in Breslau ging die Bodentemperatur auf den Gefrierpunkt zurück.

Erhaltung der Anwartschaft auf Invaliden- bzw. Angestelltenrente.

Arbeitslose und Krifenunterstützte sowie die freiwillig Versicherten werden in ihrem eigenen Interesse dringend ermahnt, alles zu tun, um ihre Rentenanwartschaft aufrecht zu erhalten und die Quittungskarten jeweils 2 Jahre, die Angestelltenversicherungskarten jeweils 3 Jahre nach ihrer Ausstellung der Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung zum Umtausch vorzulegen. Unterzeichnete Behörde ist jederzeit gerne bereit, den in Frage kommenden Personen mit Rat und Tat an die Hand zu gehen.

Wildbad, den 10. September 1931.

Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung:
Gut bub.



Jetzt

ist die günstigste Gelegenheit, Ihre

Polstermöbel

nachzusehen und was schadhaft ist, gleich

reparieren

zu lassen. Die äußersten Preise finden Sie bei

Tapeziermeister

W. Fahrbach

Rennbachstr. 17, Tel. 280

Wollmattlatzen von Mk. 40.— an.

Kapokmattlatzen von Mk. 70.— an.

Sofas, Bett-Chaiselongues, Chaisessel in Stoff und Leder Chaiselongues stets am Lager

Heute Donnerstag abend 8 Uhr findet im Gasthaus „Alte Linde“ eine

Bersammlung

statt, wozu die Mitglieder der unterzeichneten Vereine eingeladen werden.

**Gewerbe- und Handelsverein
Hausbesitzerverein
Wirteverein.**

Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Wildbad, den 9. September 1931.



Heute entschlief nach langem, schwerem Leiden unsere treue

Christine Hillmann

kurz nach Vollendung ihres 70. Lebensjahres.

Familie Dr. Josenhans.

Beerdigung am Freitag den 11. September, nachm. 3 Uhr, auf dem Waldfriedhof. Lied Nr. 506, Vers 1 und 2.

Trotz alledem

ist der reich der gesund ist.

Denn arm und gesund ist besser als reich und krank. Gesundheit ist und bleibt das höchste Erdengut. Deshalb befolgen Sie den Rat berühmter Männer der Wissenschaft und trinken Sie zur Erhaltung oder Wiedererlangung Ihrer Gesundheit eine der 4 Sorten des heilkräftigen, wohlschmeckenden und dabei billigen

Rhöner Gebirgskräuter-Tee.

Nr. 1 Gegen Sicht, Rheumatismus, Ischias, Hegensturz, Arterienverkalkung, Magen- und Darmbeschwerden, Appetitlosigkeit, Nieren- und Blasenleiden usw.

Nr. 2 Gegen Nervosität, Bleichsucht, Kopfschmerzen, hämorrhoiden Krampfadern, geschwollene Beine, Wasserhucht, Fettleibigkeit etc.

Nr. 3 Gegen Grippe, Husten, Verschleimung, Bronchialkatarrh, Asthma, Lungenleiden etc.

Nr. 4 Zur Blutreinigung und Verbesserung, gegen Schlaflosigkeit, Verstopfung und Hautunreinigkeiten.

Diese Teesorten sind im In- und Ausland wegen ihrer hervorragenden Heilwirkung berühmt und nur in der Apotheke zu haben. Rhöner Gebirgskräuter-Tee hat tausenden geholfen und hilft auch Ihnen. Ueberzeugen Sie sich durch Kauf eines Päckchens. Zu haben in Wildbad in der Stadtapotheke.

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat

Einen langen, braunen

Belzboa

vom Kurhaus bis Villa Sonnenbring

verloren.

Dem Finder wird reichliche Belohnung gegeben.

Abzugeben Villa Sonnenbring.

Bestellungen

auf

Mostobst

per Zentner Mk. 2.00

Safelobst

Gelbe Rüben

Filderkraut

Pfefferminztee

Zwetschgen

10 Pfd. Mk. 2.00

nimmt entgegen

Robert Stirner

König-Str. 47.

Zwangsversteigerung

Freitag, 11. August 1931, nachm. 3 Uhr, kommt hier öffentlich gegen Barzahlung zur Versteigerung:

1 großer Warenschrank mit Glasverglasung.

Zusammenkunft am Pfandtotal.

Gerichtsvollzieher Rauber.

LUGER

Gerichte die sparen helfen!

2 Pfd. Sauerkraut
1/2 „ Rauchfleisch
zusammen nur **88** s

1 Pfd. Erbsen
3 Paar Würstchen
zusammen nur **80** s

Spaghetti mit Ei
2 Pfd. nur **95** s

Weizen-Mehl
Pfund nur **28** s
Dessert-Käse
3 Schachteln nur **40** s

Frische Süß-Büchlinge
Pfund **34** s

Allgäuer Stangenkäse
Pfund **55** s
und **5%** Rabatt

Um zu räumen
geben wir auf Sekt u. Likör
Waren-
20% Rabatt

